

VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

GESCHÜTZTE BIOTOPE

TEIL B: TEXT

Es gilt die BauNVO 1990 1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V. mit §§ 1 - 15 BauNVO)

1.1 GEWERBEGEBIET (§ 8 BauNVO)

- 1.1.1 Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO ist die in § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO aufgeführte Nutzung (Vergnügungsstätten) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und somit im Bebauungsplan nicht
- 1.1.2 Gemäß § 1 Abs. 5 i.V.m. Abs. 9 BauNVO sind im Gewerbegebiet Einzelhandelsbetriebe nicht
- 1.1.3 Ausnahmsweise sind Einzelhandelsbetriebe bis zu einer Größe von max. 800m² Verkaufsfläche
- zulässig, wenn sie mit folgenden Sortimenten handeln:
 - Gartenmöbel und Polsterauflagen
 - Campingartikel und Zubehör
 - Bettwaren, Matratzen
 - Bodenbeläge, Teppiche (Auslegeware)
 - Bauelemente, Baustoffe
 - Elektroinstallationsmaterial - Farben, Lacke
 - Tapeten

 - KFZ- und Motorradzubehör
 - Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse - Maschinen und Werkzeuge
 - Pflanzen und Sämereien
 - Bad- und Sanitäreinrichtungen
 - Rolläden und Markisen
 - Elektrogroßgeräte (z.B. Kühl- und Gefrierschränke, Waschmaschinen, Wäschetrockner,
 - Sportgroßgeräte, Boote
 - Kinderwagen
- MAS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V. mit § 20 BauNVO)

Bauliche Anlagen dürfen mit der Oberkante des Erdgeschossfertigfußbodens, gemessen in der Mitte der straßenseitigen Gebäudeseite, nicht höher als 0,6 m über dem Bezugspunkt und nicht tiefer als der Bezugspunkt liegen.

1. bei ebenem Gelände die Oberkante der dazugehörigen Erschießungsstraße in der Mitte der straßenseitigen Gebäudeaußenwand;

- 2. bei ansteigendem Gelände die Oberkante der Straßenmitte in der Mitte der straßenseitigen Gebäudeaußenwand, vermehrt um das Maß der natürlichen Steigung zu der zur
- dazugehörigen Erschließungsstraße abgewandten Gebäudeseite; 3. bei abfallendem Gelände die Oberkante der Straßenmitte in der Mitte der straßenseitigen
- Gebäudeaußenwand, vermindert um das Maß des natürlichen Gefälles zu der zur dazugehörigen Erschließungsstraße zugewandten Gebäudeseite.
- BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V. mit §§ 22 - 23 BauNVO)

BAUWEISE (§ 22 BauNVO)

Abweichend von der offenen Bauweise sind bei festgesetzter abweichender Bauweise auch Gebäude mit einer Länge von mehr als 50 m unter Einhaltung des seitlichen Grenzabstandes

BAUGESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 84 LBO) Werbeanlagen/Schornsteine/Fernmeldetechnische Sendemasten:

Außenwerbeanlagen sind nur am Ort der Leistung zulässig. Die Höhe von Schriftzügen darf 0,80 m nicht überschreiten, dabei darf die Oberkante der

Werbeanlage die Traufe des dazugehörenden Gebäude nicht überschreiten. Werbe- und Sendemasten für fernmeldetechnische Anlagen dürfen die Firsthöhen der

umstehenden Gebäude um max. 1,00 m überragen. sind, die Firsthöhe um max. 1,00 m überragen.

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, FLÄCHEN ODER MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN. NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und § 9 Abs. 1a BauGB i.V. mit § 8a BNatSchG)

SUKZESSIONSFLÄCHE

Die Sukzessionsfläche ist extensiv zu nutzen.

Der Sichtschutzstreifen ist zu 80 % mit heimischen Bäumen und Sträuchern zu

BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)

BAUMSTANDORTE

Die auf den Verkehrsflächen und in den Gewerbegebieten festgesetzten Baumstandorte können zu Gunsten einer zweckmäßigen Erschließung der Baugrundstücke verschoben werden. Zwischen dem einzelnen Baum und den Grundstückszufahrten ist ein Mindestabstand von 2m einzuhalten. Die Pflanzstreifen und Pflanzflächen sind als unversiegelte, mind. 6m² große Vegetationsflächen anzulegen. Ausgearbeitet im Auftrag der Stadt Fehmarn durch das Planungsbüro Ostholstein, Bahnhofstraße 40, 23701 Eutin (Tel.: 04521-7917-0).

PRÄAMBEL
Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (vom 21.12.2006) sowie nach § 84 der Landesbauordnung (vom 22.01.2009) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 29.06.2010 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 88 der Stadt Fehmarn, Gewerbegebiet nördlich landkirchener Weg, südlich der Bahntrasse, nördlich des Meereszentrum, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B),

VERFAHRENSVERMERK

- . Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses des Bau- und Umweltausschusses vom 17.04.2008. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte am 16.02.2010 durch Abdruck
- in den "Lübecker Nachrichten, Teil Ostholstein-Nord" und im "Fehmarnsches Tageblatt". 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am 23.02.2010
- durchgeführt worden. 3. Die Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein könnten,
- wurden nach § 4 Abs. 1 i.V. mit § 3 Abs. 1 BauGB am 20.01.2010 unterrichtet und zur Abgabe einer
- 4. Der Bau- und Umweltausschuss hat am 09.03.2010 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung
- beschlossen und zur Auslegung bestimmt. 5. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 27.05.2010 bis zum 28.06.2010 während der Öffnungszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 18.05.2010 durch Abdruck in den "Lübecker Nachrichten, Teil Ostholstein-Nord" und am 18.05.2010 durch Abdruck im "Fehmarnsches Tagęblatt" ortsüblich bekannt
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am 25.03.2010 zur Abgabe einer Stellungnahrne aufgefordert worden.

Burg a.F., 2 9. JUNJ. 2010 (Otto-Uwe Schmiedt) Bürbermeister

7. Der katastermäßige Bestand am 13.07.2010 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt

Oldenburg i.H.,

-Öffentl. best. Verm.-Ing. -

Die Stadtvertretung hat Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 29.06.2010 gepruft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

9. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 29.06.2010 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss

Your (Otto-Uwe Schmiedt) - Bürgermeister -

10. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzetchnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen. lew

Burg a.F., .2.8, SEP. .. 2010

(Otto-Uwe Schmiedt)

11.Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung und die Stelle, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, sind am .Q.1. .28.T... 2010. durch Abdruck in den "Lübecker Nachrichten, Teil Ostholstein-Nord" und im "Fehmarnsches Tageblatt" ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkung des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am .1.2...0xI....2011... in Kraft getreten. Burg a.F. 4. 0KT. 2010 (Otto We Schmiedt)

SATZUNG DER STADT FEHMARN

Gewerbegebiet nördlich Landkirchener Weg, südlich der Bahntrasse, nördlich des Meereszentrum.

ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 88

ÜBERSICHTSPLAN

M 1: 5.000

Stand: 29. Juni 2010

